

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pobr d

Inhalt

Dieter Schanz MdB fordert eine partnerschaftliche Entwicklungspolitik: Nicht auf Kosten der Schwächeren.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL verlangt von CSU-Chef Strauß, seine chilenischen Auszeichnungen zurückzugeben: Pinochets letzter Freund?

Seite 3

Rezension:
Franz H.U. Borkenhagen bespricht „Die Befreiung von der Bombe“ von Dr. Hermann Scheer MdB: Forderung nach sicherheitspolitischem Realismus.

Seite 4

Dokumentation:
Der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament (EP), Rudi Arndt, hat vor dem EP in Straßburg vor der Nationalen Front gewarnt. Wortlaut

Seite 6

41. Jahrgang / 53

18. März 1986

Nicht auf Kosten der Schwächeren

Unsere Entwicklungspolitik muß sich auf Partnerschaft ausrichten

Von Dieter Schanz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Das Warnke-Ministerium hat jüngst wenigstens die Absicht zum Ausdruck gebracht, auch von der Opposition für besonders wichtig gehaltene Gesichtspunkte bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt stärker zum Tragen zu bringen. Konkret geht es um ökologische, soziokulturelle und patzipatarische Gesichtspunkte. Der Weg einer konkreten Zielgruppenansprache ist sicher richtig. Fraglich ist allerdings, wie es in der Praxis aussieht, ob hier zum Beispiel immer in ausreichender Weise die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen der Dritten Welt, die Bewahrung der soziokulturellen Identität ihrer Bevölkerung und ihre aktive Teilnahme an Projekten hinreichend gesichert ist. Zwar gibt der Minister einige Beispiele, doch ist deren Darstellung derart oberflächlich und allgemein, daß sie mit ihren unkritisch-positiven Behauptungen den Eindruck machen, krampfhaft die heile Welt herbeirufen zu wollen. Aufzählen ließen sich zahlreiche konkrete Gegenbeispiele; ich möchte nur einige, besonders markante nennen:

- Auf den Philippinen wurde auf ein Programm der integrierten ländlichen Entwicklung verzichtet; statt dessen erfolgt die Finanzierung eines Hafenausbaus.
- In Indonesien wurden Projekte zur Wasserversorgung von Provinzstädten und zur Schaffung von kleinbäuerlichen Betrieben zugunsten eines nationalen Fernschreibnetzes und einer Hochspannungsleitung gestrichen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltungsbüro
Mikrofilm- und
Rechner-Papier



- In Pakistan fiel ein Aufforstungsprojekt einer Hochspannungsleitung und der Ausrüstung eines gasbetriebenen Kraftwerks zum Opfer.
- In der Dominikanischen Republik wurde ein Wärmekraftwerk einem Netz dezentraler kleiner Wasserkraftwerke vorgezogen.
- Das Geld für die Modernisierung der simbabwischen Eisenbahnwerkstätten wird jetzt in die Flugsicherungseinrichtung des Flughafens von Harare gesteckt.

Diese Liste ist, wie gesagt, keineswegs vollständig, sondern ließe sich noch lange fortsetzen.

Die katastrophalen Voraussagen des Club of Rome in seiner Studie Global 2000 sind zwar nicht eingetroffen; mittlerweile weiß man, daß sich die Welternährungslage erheblich günstiger als vorausgesagt entwickelt hat. In den Entwicklungsländern stieg die landwirtschaftliche Produktion von 1972 bis 1982 weltweit sogar um 33 Prozent, verglichen mit nur 18 Prozent in den Industriestaaten, deren Märkte gesättigt sind. Auch der Produktivitätszuwachs in den Entwicklungsländern ist mit 3,3 Prozent erheblich höher ausgefallen, als Global 2000 prognostiziert hatte.

So positiv diese Entwicklung sicher zu werten ist, so sehr muß vor alizu optimistischen Schlußfolgerungen gewarnt werden. Zahlreiche Länder der Dritten Welt, vor allem in Afrika südlich der Sahelzone, sind immer noch von Hungersnöten bedroht.

Es gibt eine gefährliche Tendenz, daß Politiker durch ihre häufige Beschäftigung mit den Problemen der Dritten Welt zunehmend den Eindruck erwecken, daß sie diese tatsächlich „voll im Griff“ hätten. Falsch ist auf jeden Fall, mit der Debatte oder Diskussion über ein Entwicklungsproblem dieses für abgehakt und erledigt zu halten. Dabei geht die eigene Betroffenheit leicht unter.

Es muß klar gesagt werden, daß zum großen Teil die verfehlte deutsche und europäische Landwirtschaftspolitik verantwortlich ist für die Misere in der Dritten Welt. Gerade in letzter Zeit zeigt sich, daß FDP und CDU/CSU nicht zu einer prinzipiellen Änderung der fortgesetzten Finanzierung von Überschussproduktionen bereit sind. Schädliche Folgen sind nicht nur die zunehmende Überdüngung unserer heimischen Böden; die Überproduktionen der EG gehen in vieler Hinsicht auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt.

Es geht nicht an, daß wir als der stärkere Partner eine Politik auf Kosten des Schwächeren fortsetzen.

(-/18.3.1986/rs/ks)

* * *



Strauß soll chilenische Ehrenprofessur niederlegen

Oder will der bayerische Ministerpräsident Pinochets letzter Freund bleiben?

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag
Spitzenkandidat der bayerischen SPD

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Strauß soll seine, ihm im November 1977 in Santiago de Chile verliehene Ehrenprofessur „für chilenisches Recht“ förmlich niederlegen und gleichzeitig seinen chilenischen Ehrendoktorhut der Rechte Diktator Pinochet zurückschicken. Aktueller Anlaß für diese Forderung sind jüngste Zeitungsberichte, denen zufolge jetzt sogar die USA auf Distanz zum chilenischen Militärregime gehen.

Das US-Außenministerium hat nach einer Erklärung des Abteilungsleiters für inneramerikanische Angelegenheiten, Elliott Abrams, erstmals deutlich zu erkennen gegeben, daß die USA eine Demokratisierung auch in Chile nach dem Muster der Philippinen und Haitis für wünschenswert halten. Gleichzeitig forderte der US-Chefdelegierte bei der UNO-Menschenrechtskommission in Genf, Richard Schifter, in einem Entschließungsentwurf die sofortige Einstellung aller Folterungen und eine Untersuchung sämtlicher von den chilenischen Militärs begangenen Menschenrechtsverletzungen.

Strauß hatte sich 1977 für die akademische Ehrung in Chile mit der Aufforderung an Pinochet bedankt: „Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Chile erhalten bleibt.“ Er attestierte Chile also den Zustand der Freiheit. Außerdem sagte Strauß in seiner Dankrede in der Universidad de Chile, er sehe die ihm zuteil gewordene Ehre als einen Auftrag an, „über Chile die volle Wahrheit zu verbreiten“ (zitiert nach der „Frankfurter Rundschau“ vom 22. November 1977). Es ist gelinde gesagt peinlich für Bayern, daß dessen Ministerpräsident von Pinochet nach wie vor als Gönner und Freund betrachtet werden kann. Will Strauß unbedingt der letzte Freund des Diktators bleiben?

Bedauerlicherweise scheint die unselige Affinität von Strauß zu Diktatoren in aller Welt ungebrochen. Zu entnehmen war dies gerade einem Kommuniqué der Staatskanzlei vom vergangenen Mittwoch über den Besuch des Außenministers der „Republik Paraguay“ (so der Text), Carlos Augusto Saldivar, bei dem bayerischen Ministerpräsidenten. Da ist zwar von einem „offenen Meinungsaustausch“ und vom „traditionell freundschaftlichen Verhältnis Paraguays zum deutschen Volk“ die Rede - kein Wort aber davon, daß Strauß etwa die Menschenrechtsverletzungen des Stroessner-Regimes angesprochen habe.

Wann endlich hört Strauß auf, Bayern in aller Welt als ein mit diktatorischen Militärregimes befreundetes Land zu diskreditieren!

(-18.3.1986/rs/ks)

* * *



BUCHBESPRECHUNG

Dr. Hermann Scheer: Die Befreiung von der Bombe. Weltfrieden, europäischer Weg und die Zukunft der Deutschen. Bund-Verlag, Köln 1986; 320 Seiten, DM 29,80.

Forderung nach neuem sicherheitspolitischen Realismus

Der Titel des neuesten Werkes von Hermann Scheer verspricht scheinbar leichte Lösungen. Hinter „Die Befreiung von der Bombe“ verbirgt sich aber bei näherem Hinsehen tatsächlich ein komplexes sicherheitspolitisches Programm.

Ausgehend von einem militärisch-industriell-ideologischen „Atomsyndrom“ der Nuklearwaffen bestückten Länder und Bündnisse, versucht Scheer eine Analyse der Bedingungen der herrschenden sicherheitspolitischen Verhältnisse zwischen West und Ost. Daran schließt sich ein Blick auf die mögliche und wünschenswerte Zukunft an.

Getreu den verschiedenen Aspekten einer Politik der Sicherheit, beschränkt sich der Autor nicht nur auf den militärischen Blickwinkel eines Abbaus von Nuklearwaffen. Gleichrangig sind außen- und innenpolitische Folgerungen berücksichtigt. Desgleichen versäumt Scheer nicht, auf die vielfältigen wirtschaftlichen Geflechte und möglichen Perspektiven hinzuweisen.

Nach drei Gesichtspunkten werden die „neuen Grundlagen“ gegliedert und in ihrer erfolgsorientierten Struktur vorgestellt: Zu beachten sind nach Scheer die weltweiten Beziehungen, die europäische Komponente und schließlich die deutschen Bedürfnisse.

In diesem Rahmen konstruiert der Bundestagsabgeordnete sein Konzept zur Befreiung von der Bombe.

Dazu gehören in einem ersten Teil das politische Programm. Die hier präsentierten Vorschläge reichen von der Entmilitarisierung der Blockstrukturen in Form von kooperativer Rüstungssteuerung und Abrüstung speziell nuklearer Systeme über die Forderung nach einem Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten - unter Berücksichtigung eines Sonderstatus für Berlin als Sitz der Vereinten Nationen - bis hin zur Aufhebung der Vorherrschaft der Supermächte, um Europa ein stärkeres Eigengewicht im Konzert der Staaten zu verschaffen.

In einem zweiten Teil werden dann die in ihrer Radikalität interessanten Schritte zur Abrüstung von Nuklearwaffen vorgestellt. In einer umfassenden Übersicht begründet Scheer einzelne Phasen der Denuklearisierung. Für die vielen Militär- und Rüstungskontrollexperten versucht Scheer, hier den Weg aus den aktuellen Sackgassen zu weisen. Sein Konzept vergißt dabei weder sicherheitspolitische noch militärstrategische Verbindungen in Europa. Auch die zwangsläufig mit dem Abbau der Nuklearpotentiale verbundene Notwendigkeit zum Strukturwandel der konventionellen Streitkräfte läßt er dabei nicht außer Acht. Im letzten Fall stützt er sich im wesentlichen auf die Ausarbeitungen der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik (SAS).



Interessant ist in diesem Zusammenhang Scheers Hinweis auf die französische und britische Mitverantwortung, um dem Abrüstungsprozeß tatsächlich auch die lebensnotwendige Dynamik zu verschaffen. Denn ein fortgesetztes Beharren auf der nationalen nuklearen Rolle dieser Mittelmächte führt ganz sicher zum Scheitern einer europäischen Selbständigkeit.

Im dritten Teil schließlich geht Scheer auf die ökonomische Komponente europäischer Stabilität ein.

Die weitgesteckten Ziele des sicherheitspolitischen Konzepts sind ohne Zweifel nicht von heute auf morgen zu erreichen. Des weiteren wird deutlich, daß einseitige Schritte und ein Abkoppeln von Bündnisstrukturen für die Beteiligten - speziell für die deutschen Staaten - der Absicht, einen europäischen Pfeiler in der Sicherheitspolitik aufzubauen, direkt zuwiderlaufen würden.

Auch wird deutlich, daß das Erfolgsrezept nicht in einzelnen Bereichen zu verwirklichen ist, sondern eine parallele Entwicklung nur zum Endziel führen kann. Das heißt, Politik ist aufgefordert, in effektiver Abstimmung und gleichrangig zu Rüstungssteuerung und Wirtschaft zu agieren.

Wie kann das in die Praxis umgesetzt werden?

Scheer setzt dabei auf vier Aktionsebenen: Es sind die Träger, die in den sozialreformerischen Parteien zu suchen sind; die politische Führung mit neuer und nach innen ungeteilter Gestaltungs- und Führungskraft; der neue Realismus, der den herrschenden Realismus „der Beschränktheit und Kurzsichtigkeit“ überwinden muß; die Annäherung durch Wandel, die Frieden und Kooperation auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Hermann Scheer hat mit dieser beachtenswerten Auserbeitung die Absicht, die eingefahrene Lethargie gegenüber dem Vorhandensein von nuklearen Massenvernichtungsmitteln in Ost und West aufzubrechen, mit einem Programm untermauert. Damit ist er den schwierigen Weg gegangen und hat sich von der allgemeinen Larmoyanz nach der Nachrüstung abgewendet.

Richtig ist, daß Scheer dabei auch auf Visionen zurückgreift; diese bleiben aber immer noch nahe genug, daß sich auch der Leser versichern kann, sie könnten tatsächlich die neue sicherheitspolitische Realität in und für Europa werden und zur Klimaverbesserung zwischen West und Ost führen. Gleichzeitig hat der Autor ganz sicher auch einen beachtenswerten Beitrag zur sicherheitspolitischen Diskussion in- und außerhalb der SPD geleistet.

Franz H.U. Borkenhagen

(-/18.3.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Rudi Arndt: Die Blutspur der Nationalen Front

Der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Rudi Arndt, hat dieser Tage im Europäischen Parlament in Straßburg eindringlich vor der faschistischen Gefahr gewarnt. Er ging in seinem engagierten, von der eigenen Erinnerung geprägten Redebeitrag vor allem auf die Nationale Front ein, die im französischen Parlament künftig mit 33 Abgeordneten vertreten sein wird. Wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut.

Als kleiner Junge hatte ich ein Erlebnis, was mir für immer in Erinnerung bleiben wird.

Ich war Zeuge, wie mein Vater von Nazis mit Messern niedergestochen und schwerverletzt ins Krankenhaus transportiert wurde. Er war Führer des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - das war ein Zusammenschluß der deutschen Demokraten, von Liberalen, von Christdemokraten und von Sozialdemokraten. Diejenigen, die ihn niedergestochen haben, waren Angehörige der Nationalen Front.

Die damalige Regierung Hitler - eine Regierung der Nationalen Front - amnestierte diese Mordgesellen. Die SA und die Nazis behaupteten, diese Leute gehörten gar nicht zu ihnen. Sie erklärten, das Reichsbanner und mein Vater als Führer des Reichsbanners habe sie provoziert. So ist das 1933 bei uns in Deutschland gewesen.

Diese Blutspur der Faschisten und Nationalisten führt von der Nationalen Front 1933 über die Konzentrationslager, wie Natzweiler und Auschwitz, zu den Folterungen in Algerien, wo emigrierte SA- und SS-Leute anderen ihre Technik der Vernichtung von Menschen beibrachten.

Diese Blutspur führt jetzt direkt zur Nationalen Front in Frankreich.

(Das Protokoll des Europäischen Parlaments verzeichnet hier Beifall).

Es sind dieselben Messerstiche, es sind dieselben Täter, und es sind dieselben politischen Führer. Und wenn wir uns nicht klar und unzweideutig gegen diese Faschisten und Nazis - gegen diese Nationale Front - wenden, rennen wir in dieselbe Katastrophe wie 1933.

(An dieser Stelle vermerkt das Protokoll lang anhaltenden Beifall).

(-/18.3.1986/rs/ks)

* * *

